

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Samstags- und Sonntagsausgabe

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Samstags- und Sonntagsausgabe

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 6.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gespaltene Zeile 1.50 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.75 Mark, und für die 4 gespaltene Reklamespalte 5.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 227

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Montag, 3. Oktober 1921 (Ewalb)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Granz Hise und das Handwerk.

Von Dr. August Pieper, M.Gladbach.

In der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts kämpfte das erst spärlich organisierte Handwerk gegen die durch Sozialdemokratie, Liberalismus und Wissenschaft weitverbreitete Anschauung, es sei überlebt, durch die wirtschaftlichen Erzeugnisse der kapitalistischen Entwicklung zum Aussterben verurteilt. Tatsächlich verlor das Handwerk mit dem Aufkommen des Großbetriebes eine Reihe von Absatzgebieten. Schlimmer war, daß auch in der Herstellung von Qualitätswaren kapitalistische Großbetriebe dem Handwerk übermächtigen Wettbewerb machten, weil sie mit starkem Kapital, mit weitgehender Arbeitsteilung und Verwendung technischer Fortschritte, mit größerer kaufmännischer Beweglichkeit arbeiteten. Am schlimmsten aber wirkte, daß die Mehrzahl der Handwerker vom Geiste des Kapitalismus, den sie politisch mit Aufwand aller Macht bekämpften, innerlich angefaßt waren. Sie hatten nur mehr den Klagengeist der Zurückgedrängten, die sich durch gegenseitige Unterbietung zu halten suchten; abhandeln konnten sie ihnen das lebendige Verhältnis für den beruflichen Standesbewußtsein. Gemeinheitsgeist. Dieser weckt in den Mitgliedern neue Kräfte, befähigt sie in Vertrauen, Hilfsbereitschaft, Solidarität dauernd verbundenen Handwerker in Qualitätsarbeiten zu Leistungen, die mit denen des kapitalistischen Großbetriebes in aus schließlichem Wettbewerb treten können. Solange die Handwerker selbst als reine Schmiedchen dachten und handelten, so auch sich zum Standesgenossen stellten, konnten sie nur vereinzelte Innungen und Genossenschaften nicht den Erfolg der echten Gemeinheitsarbeit haben, vor allem nicht die Standeskultur heben. Nur dann wird in ihnen das Standesbewußtsein und die Pflichterfüllung lebendig, das sie die Schicksalsverbundenheit aller Standesgenossen wie auch die Verantwortung ihrer Standesinteressen mit den Lebensinteressen der Volksgemeinschaft erleben läßt. Erst aus diesem Berufsständischen Gemeinschaftsgeist werden die Innungen fähig zur sachlichen und wirtschaftlichen Erhaltung der Mitglieder, insbesondere durch gemeinsame Einrichtungen, wie Wirtschaftsgemeinschaften zur Übernahme gemeinschaftlicher Aufträge, zum gemeinsamen Einkauf, zum gegenseitigen Austausch von Waren und Leistungen, zur Verbesserung der Betriebe, zur Erhaltung angemessener Preise, zur Förderung des Handels und endlich zur Einwirkung von Krankheits- und sonstigen Unterstützungen.

Heute hat dieser neue Berufsständische Gemeinschaftsgeist die Führung im Handwerk. Dafür aber, daß dieser Umschwung in der Stimmung der Handwerker möglich war, hat kaum einer in den letzten vierzig Jahren im Parlament wie im Lande sich so eingelegt wie Franz Hise. Er ist dem Handwerk seit seinem Eintritt in die Volksvertretung 1882 treu zur Seite gestanden in der Durchführung seiner Forderungen an die Gesetzgebung. Er ist ihm überdies in der grundsätzlichen Klärung der Handwerkerfrage ein liebevoller, unermüdlicher, selbstloser Erzieher gewesen. Vollumfänglich können das nur jene Handwerker, die schon vor dreißig oder vierzig Jahren in der Handwerkerbewegung standen und die Unklarheit der Meinungen auch unter den Handwerkern, mitterteils haben. Inmitten jener Unklarheit der Meinungen über die von der Handwerkerbewegung einschlagenden Wege bekannte sich Franz Hise schon in seiner 1880 erschienenen Schrift: „Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft“, sowie in dem 1883 folgenden Buche: „Schutz dem Handwerk“ zu der Überzeugung, daß die Erhaltung der Mittelstände, im besonderen des Handwerks, nötig sei. Der alte Berufsständische Gemeinschaftsgeist müsse eine neue Verfassung des Handwerks finden, welche der Umgestaltung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens sich anpassen und die Handwerker befähige, die technischen Fortschritte, die neuen Formen im Arbeitsverhältnisse, im kaufmännischen Verkehr mit dem Geld- und Rohstoffmarkt wie mit der freien sich bewegenden Rundschaft sich zu Nutzen zu machen. Wo dann der Berufsstand sich selbst nicht schützen und helfen könne, habe der Staat Hilfe und Schutz zu leisten. Er könne damit aber nur Vorparan leisten; die Hauptarbeit habe die Berufsständische Gemeinschaftsarbeit des Handwerks zu leisten in den Innungsorganisationsformen.

Franz Hise hielt sich gemäß seinem weltlichen Weltbilde „Das bewährte Mittel ist zu erhalten und zu stärken, das wertvolle Neuenerbar zu machen“, gleich fern von jener Richtung im Handwerk, die lange Zeit fast alles von einer Staatshilfe erwartete, wie von jenen liberalen Reformern, die alles nur von der persönlichen Selbsthilfe, höchstens von vermehrter Bildung rein kapitalistisch betriebener Genossenschaften erwarteten. Bewun-

Neuzeit in Kürze.

Berlin, 3. Okt. Im Plenarsaal des Reichstages fand gestern die Trauerfeier für die verstorbenen Mitglieder der Zentrumsfraktion in Anwesenheit der Spitze der Reichs- und Landesverbände, zahlreichen Vereinsabteilungen und Gäste aller Parteien statt. Die Gedächtnisrede hielt der zweite Vorsitzende der Fraktion Abg. Weder (Münster).

Berlin, 3. Okt. Der Streik im Berliner Gastwirtgewerbe geht unermindert weiter. Am Sonntag waren fast alle großen Betriebe geschlossen. Verschiedentlich kam es zu Ausschreitungen der Streikenden.

Berlin, 3. Okt. Die Berliner Automobilausstellung wurde gestern abend um 7 Uhr geschlossen. Die Zahl der Besucher des gestrigen Tages der Ausstellung wird auf wenigstens 50 000 geschätzt. Insgesamt dürften 300 000 Personen die Ausstellung besucht haben.

Berlin, 3. Okt. Gestern wurde in früher Morgenstunden in Wanne auf der Postkammer Friedrich Gerhardt aus Berlin ein Raubüberfall verübt. Zwei junge Burken schlugen ihn hinterläs nieder, brachten ihm mehrere Messerstiche bei und warfen ihn dann in den See. Der Überfall wurde von anderen aus dem Wasser gezogen und ins Krankenhaus transportiert. Eine Verletzung wird sehr ernst.

U. S. P. und Regierungsbildung.

Berlin, 3. Okt. Die Reichstagsfraktion der unabhängigen sozialdem. Partei erklärt in ihrer Antwort auf die Anfrage der sozialdemokratischen Partei, ob und unter welchen Bedingungen die U. S. P. bereit wäre, in das Kabinett Wirth einzutreten, bevor die U. S. P. die genauen Bedingungen formuliere, frage sie die U. S. P., ob alle Koalitionsparteien bereit sein würden, die wichtigsten Punkte des Programms der Unabhängigen zu akzeptieren, wie den Schutz der Verfassung, der durch eine entsprechende Justizreform und gesetzliche Maßnahmen gegen die antirepublikanische Tätigkeit wirksam gemacht werden müßte, die gründliche Erfassung der Goldwerte, Sozialisierung des Bergbaues. Sie ersuche, ihr das Resultat der Feststellungen mitzuteilen.

Der ehemalige König von Württemberg. Berlin, 3. Okt. Der frühere König von Württemberg ist gestern vormittag, 73jährig, gestorben.

bedauernd ist dabei seine reine Sachlichkeit, seine Bereitwilligkeit, jeden seiner Vorschläge diskutieren zu lassen und jeden Vorschlag von anderer Seite vorurteilslos zu prüfen. Vor allem aber ist bewundernswert sein starker Wirklichkeitsinn; er erhobte nichts von rein theoretischen, lehrhaften Streitigkeiten; ihm kam alles darauf an, daß man die praktische Lösung Schritt für Schritt vorantreibe. Aus der Erfahrung wurde man am besten lernen. Inmitten drängte er seit 1884 im Reichstage auf den gezielten Ausbau der Rechte und Pflichten der Innungen, auf die Schaffung von Handwerkskammern als öffentlich-rechtliche Vertretung des Handwerks. Die von der Regierung wiederholt vorgelegten unzufriedensten Entwürfe tat er nicht mit wegwerfenden Urteilen ab. Er nahm Stellung, fragte heraus, worüber sich zunächst mit der Regierung wie mit einer Mehrheit im Reichstage eine Einigung herbeiführen ließ und legte alle Kräfte dafür ein, daß es Gelingen werde. Er wußte, daß dann weitere Fortschritte sich erreichen ließen. So kam es zu dem Handwerksorganisationsgesetz von 1897, das zum Ausgangspunkt der Sammlung und Erhaltung des Handwerks geworden ist. Er trug in der Kommission bei Beratung dieses Gesetzes die Hauptarbeit der klugen, diplomatischen und sachverständigen Arbeit. Er ließ sich nicht dadurch beirren, daß sozialistische und liberale Parteigenossen wie auch die meisten Vertreter der Wissenschaft ihn als rückständigen Jünger des Bestehenden; auch nicht dadurch, daß manche Handwerker sein Werk als Selbstverleumdung, daß das Handwerk nur Pflichten, aber keine Rechte und keine großen Mittel der Staatshilfe bringe. Heute gibt das organisierte Handwerk der Haltung Franz Hises Recht, indem es vor Überhebung der Staatshilfe warnt und in der Selbstverwaltung und Berufsständischen Gemeinschaftsarbeit der Innungsorga-

Trocknet die Tränen von Oppau!

Der so plötzlich dahingekommene ist geboren zu Stuttgart am 25. Februar 1848 als Sohn des Prinzen Friedrich und der Prinzessin Katharina, Tochter König Wilhelms I. von Württemberg. 1865 bezog Prinz Friedrich die Universität Tübingen, machte den Krieg von 1866 mit und nahm persönlich an dem Gefecht an der Lauber teil. Nach Beendigung seiner Studien im Frühjahr 1870 trat er in preussische Militärdienste und machte der deutsch-französischen Krieg im preussischen Hauptquartier mit. 1877 übernahm er die Führung der 2. württembergischen Kavalleriebrigade. 1879 wurde er Generalmajor, 1883 Generalleutnant. Wilhelm II. ernannte ihn 1877 mit der Prinzessin Marie von Waldeck und Pyrmont, und nachdem diese am 30. April 1882 mit Hinterlassung einer Tochter, der Prinzessin Pauline, gestorben war, heiratete er am 8. April 1886 die Prinzessin Charlotte zu Schaumburg-Lippe. Diese Ehe blieb kinderlos. Am 6. November 1891 folgte er seinem Onkel Karl I. in der Regierung. Im Privatleben einfach und anspruchslos, ein passionierter Jäger und großer Naturfreund, war der König populär und bei Groß und Klein in seinem Lande beliebt. Bei der Revolution verließ der König am 9. November Stuttgart. Am 30. Nov. 1918 verzichtete er auf den Thron und nahm den Titel eines Herzogs von Württemberg an. In seinem Württemberg wurde er, daß seine Person niemals ein Hindernis sein sollte für die freie Entwicklung der Verhältnisse des Landes und dessen Wohlergehen. Die provisorische Regierung dankte im Namen des Volkes dem König dafür, daß er in allen seinen Handlungen von der Liebe zur Heimat und zum Volk getragen war und daß er durch seinen freiwilligen Verzicht dazu beigetragen hat, die Wunden für die freie Entwicklung zu heilen. Das württembergische Volk vergaß nicht, daß der König mit seiner Gemahlin in Württemberg das höchste, heilige und heiligste geachtet hat. Dieses Zeichen ehrt den Verstorbenen.

Zum Ortsklassenverzeichnis.

Berlin, 1. Okt. Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten wurde heute in Anberacht der überaus zahlreichen Eingaben der Beamtenschaft zum Ortsklassenverzeichnis folgende Beschlüsse gefaßt: Die Mitglieder des 23. Ausschusses des Reichstages erhalten täglich schriftliche Eingaben zum Ortsklassenverzeichnis und Besuche von Vorordnungen aus Orten, deren Beamtenschaft mit der vorläufigen Einstufung nicht einverstanden sind. Es wird darauf hingewiesen, daß die Regierungsvorlage dem Reichstage im November zugehen wird. So lange die Mitglieder des Ausschusses nicht im Besitze der Vorlage sind, können sie zu den Eingaben nicht Stellung nehmen. Vorstellungen vor Eingang der Vorlage beim Reichstage sind daher zwecklos.

Polnischer Terror in Oberschlesien.

Leipzig, 2. Okt. Sämtliche Lehrer aus Kamin mußten vor dem dort immer noch herrschenden polnischen Terror flüchten und kon-

nen bis auf weiteres nicht zurückkehren. Sie werden inzwischen an anderen Schulen beschäftigt.

Ungarn und das Ultimatum.

Wien, 2. Okt. Wie die Politische Korrespondenz von maßgebender Stelle erfährt, scheint die ungarische Regierung die Absicht zu haben, das Ultimatum dadurch Rechnung zu tragen, daß sie Truppen und Gendarmen aus dem Burgenlande abberufen und das Lebergabeprotokoll in Ledenburg am 3. Oktober unterzeichnen will. Auf diesbezügliche Anfrage der interalliierten Mission, ob die österreichische Regierung geneigt sei, ihren Vertreter in Ledenburg zu beauftragen, hat diese geantwortet, sie könne sich keinesfalls mit einer formellen Lebergabe begnügen, sondern sie müsse die effektive Lebergabe verlangen, sowie Garantie für tatsächliche Säuberung. Sie sei daher nicht in der Lage, unter den gegenwärtigen Umständen den Vertreter für die Fertigung eines Lebergabeprotokolls anzuweisen, ebenso wenig könne sie zur Besichtigung des Landes schreiten.

Ein kleines Bild aus einem großen Kapitel.

Berlin, 1. Okt. Durch Beschluß der Grenzkommission wurde das zum Kreise Malmehy gehörige Dorf Rosheim entsprechend dem einstimmigen Wunsch seiner Bevölkerung Deutschland wieder zugesprochen. Die Lebernahme in deutsche Verwaltung fand am 1. Oktober in Gegenwart des deutschen Grenzkommissars und eines Vertreters des Regierungspräsidenten von Baden statt. Die Lebernahme war von ergreifenden Rundgebungen der Einwohner begleitet. Sämtliche Bewohner des Dorfes, das reichen Klagenstunde angelegt hatte, waren von früher Morgenstunden ab in festlicher Stimmung zusammengekommen, und als die Lebernahme ausgeschrieben wurde, fand der Jubel fast keine Grenzen mehr. Alle Ansprachen ließen die tiefe Bewegung über die Befreiung von der Fremdherrschaft und die Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterland erkennen.

Saarland protestiert.

Saarbrücken, 1. Okt. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, ist in diesen Tagen eine französische Abordnung, bestehend aus Vertretern der Wirtschaftskreise, sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer und der politischen Parteien, nach Genf abgereist, um die Aufmerksamkeit des Völkerbundes insbesondere auf die wirtschaftliche Notlage des Saargebietes hinzuwirken. Wie die Saarbrücker Zeitung meldet, ist die Abordnung im Laufe des gestrigen Tages in Genf angekommen. Die Abordnung wird dem Völkerbund eine eingehende Denkschrift über die wirtschaftliche Lage des Saargebietes unterbreiten.

ferangelegenheiten auf die Selbstverwaltung des Handwerks.

Mit Genugtuung blickt Franz Hise auf diese Entwicklung, auf diese echt neuzeitliche Reorganisation des Handwerks. Für deren Grundbegriffe war er durch vierzig Jahre unerschütterlich eingetreten, für deren Verwirklichung hatte er im Parlament nach allem anfänglichen Widerstand der Meinungen, trotz aller Widerstände der Regierungen wie der liberalen und sozialistischen Parteien in führender Stellung sich eingelegt. Eine feste Mehrheit für die Handwerkerpolitik war in den Parlamenten vor allem durch seine beharrliche und kluge Leitung gesichert. Er hatte auch die Genugtuung, daß der von ihm mitbegründete Volksverein für das kath. Deutschland in nunmehr dreißig Jahren unter allen Berufsständen das Verständnis für die Bedeutung des Handwerks, den Willen zur Unterstützung seiner Forderungen mehr wie eine andere Vereinigung verbreitete in Versammlungen, Kursen, Flugblättern, kleineren und größeren Schriften. Besondere Freude machte es ihm, im Volksvereinshaufe Handwerkerfeste tagen und eine Handwerkerliteratur stetig ausgebaut zu sehen, die soziale und staatsbürgerliche Schulung der Handwerker förderte.

So liegt das dauernde Verdienst Franz Hises um das Handwerk nicht nur in seiner jähren politischen Arbeit um das Zustandekommen von Gesetzen. Darüber hinaus hat er mit staatsmännischem Weitblick führend hingewirkt auf die Wendung in der Handwerkerbewegung von dem starren Festhalten an alte Formen und Formeln zur verständnisvollen Einstellung auf die Bedingung echter Berufsständischer Gemeinschaftsarbeit unter Ausnützung aller neuen wirtschaftlichen Kräfte.

Ein Vergleich.

Die — nebenbei bemerkt freimaureische — „Revue de l'Enseignement Primaire“ veröffentlichte die Resultate der Rekrutenuntersuchungen von Dijon, Chalons-sur-Marne und Grenoble. Sie meldet, daß 1920 von 100 Rekruten 29,8 nicht lesen und schreiben konnten, 38,8 eine mittelmäßige Bildung hatten, 31,19 eine solche, wie sie von den französischen Kindern verlangt wird bei dem Certificat d'Etudes, das sie nach dem 12. Lebensjahre ablegen, und 3,2 Proz. eine höhere Bildung. 1921 konnten 23,5 Proz. nicht lesen und schreiben, 33,2 Proz. hatten eine mittelmäßige Bildung, 36,7 Proz. eine Ausbildung, entsprechend dem Certificat d'Etudes und 3,7 Proz. hatten eine bessere Bildung.

Um unsere Haut.

Ungarn und Deutsch-Oesterreich.

Eine neue Irland-Konferenz.

Josse ermordet?

Nachlassen der Eisenbahndiebstähle.

Eine mutige Dame.

Skizze von W. B o r g m a n.

Die politische Aussprache im Reichstag.

und schnell eibeten an die Geschäftsstelle der Neu-Bro-
venbroicher Zeitung.

